

Protokoll

über die 11. Sitzung des Beirates von und für Menschen mit Behinderung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (3. Wahlperiode des Beirats) am Montag, dem 18. November 2013

Anwesende: Herr Künneke, Frau Trzecinski, Herr Koch, Frau Mitterer, Herr Feilke, Herr Kneisel, Herr Bäse, Herr Waaschke, Herr Friedrich, Herr Naumann, Frau Brück, Frau König, Frau Schwan, Frau Hansen, Herr Kaas Elias, Frau Behrendt, Herr Süß, Frau Grothe

Gäste: Frau Juppe-Ziervogel, Frau Cieschinger, Frau Prinz

Ort: Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 18.30 Uhr

TOP 1: Begrüßung

Herr Naumann begrüßt die Anwesenden und fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Es werden keine Änderungen angeregt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Barrierefreiheit auf öffentlichen Spielplätzen (BVV DS-Nr.: 725/4)

Zu diesem TOP begrüßt Herr Friedrich zunächst Frau Juppe-Ziervogel als Vertreterin des Grünflächenamts und bittet sodann Frau Cieschinger als Mitinitiatorin dieser BVV-Drucksache, den diesbezüglichen Antrag für alle Anwesenden noch einmal kurz zu erläutern. Frau Cieschinger hebt bei Ihren Ausführungen hervor, dass sie die inklusive Gestaltung von Freizeitangeboten und somit auch von Spielplätzen für außerordentlich wichtig erachte, um das Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderung zu ermöglichen. In diesem Sinne sollte in Zukunft unbedingt darauf geachtet werden, dass zumindest bei Neuanschaffungen von Spielgeräten die barrierefreie Nutzbarkeit berücksichtigt wird.

Hierzu merkt Frau Juppe-Ziervogel an, dass laut einer Erhebung des Beschäftigungsträgers „agens“ aus dem Jahr 2011 bereits einige Spielplätze für mobilitätsbehinderte Menschen zugänglich seien. Spezielles kostenaufwendiges Spielgerät wie z.B. Schaukeln für Rollstuhlnutzerinnen und –nutzer könne man kaum in den öffentlichen Raum stellen, da dieses Vandalismus ausgesetzt sei. Barrierefreie Angebote, die sich insbesondere an Kinder mit Seh-, Hör- oder geistiger Behinderung richteten, seien auf Spielplätzen im Bezirk derzeit praktisch nicht vorhanden. Frau Juppe-Ziervogel sichert jedoch zu, dass dem Aspekt der Barrierefreiheit - Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten - in Zukunft verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werde, vor allem bei Neuanschaffungen von Spielgerät.

Herr Naumann regt an, zunächst EINEN Spielplatz modellhaft auszustatten. Frau Juppe-Ziervogel erklärt hierauf, dass die Gelder im Moment nur dazu ausreichen, die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Herr Friedrich weist darauf hin, dass dieses Thema aus Zeitgründen nicht im Rahmen des Zukunftsforums diskutiert werden konnte, aber in den ersten Entwurf des Aktionsplans als mögliche Maßnahme Eingang gefunden habe. Auch gibt er nachdrücklich zu bedenken, dass die Erhebung des Beschäftigungsträgers „agens“ mit Vorsicht zu bewerten sei, da diese nicht von Sachverständigen erstellt wurde. Dies bestätigt Herr Bäse, der die Erhebung von agens exemplarisch in der Praxis überprüft hat.

Frau Hansen erkundigt sich, ob dem Grünflächenamt eine Liste von Anbietern für barrierefreies Spielgerät vorliege, um in der Zukunft im Falle einer besseren Haushaltssituation nicht erst lange recherchieren zu müssen. Frau Juppe-Ziervogel erwidert, dass das Grünflächenamt diesbezüglich bereits über einige einschlägige Erfahrung und Informationen verfüge. Eine derartige Aufstellung sei aus ihrer Sicht nicht sehr hilfreich, da nicht nur die Belange mobilitätsbehinderter, sondern z.B. auch seh-, hör und geistig behinderter Kinder zu berücksichtigen seien und das Grünflächenamt auf die jeweiligen Vertreterorganisationen zugehen werde, wenn entsprechendes Spielgerät anzuschaffen sei.

Herr Naumann schlägt vor, in der derzeitigen Fassung der DS Nr. 725 den Satz

„Bei sämtlichen neuen Bauvorhaben auf öffentlichen Spielplätzen soll bereits im Vorfeld besonders auf Barrierefreiheit geachtet und diese eingeplant werden.“

zu ersetzen bzw. ergänzen durch

„Bei sämtlichen neuen Bauvorhaben auf öffentlichen Spielplätzen soll bereits im Vorfeld besonders auf Barrierefreiheit geachtet, diese eingeplant und der bezirkliche Behindertenbeauftragte einbezogen werden.“

Damit erklären sich alle Anwesenden einverstanden. Herr Friedrich wird dieses Votum des Beirats an das BV-Büro mit der Bitte um Weiterleitung an den Vorsitzenden des Ausschusses für Tiefbau und Grünflächen und entsprechende Umformulierung weiterleiten.

Herr Naumann dankt Frau Juppe-Ziervogel für ihre Teilnahme an der Sitzung und ihre Erläuterungen.

TOP 4: Nachbesprechung des Zukunftsforums „Aktionsplan UN-BRK“

Herr Naumann bittet die Anwesenden um ein kurzes Feedback zum Zukunftsforum. Dieses fällt zusammengefasst positiv aus, die große Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat das Forum als produktive und motivierende Veranstaltung wahrgenommen. Herr Friedrich hat in Zusammenarbeit mit dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) einen allerersten Entwurf des Aktionsplans erstellt und den Beiratsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung per E-Mail übermittelt. Dieser Entwurf enthält derzeit vor allem eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Zukunftsforums sowie einige wenige weitere Punkte, die Herr Friedrich und das IMEW für besonders diskussionswürdig erachteten, so z.B. Schaffung inklusiver Angebote der VHS und die Fortbildung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters der Bauaufsicht zur/zum zertifizierten Sachverständigen für barrierefreies Bauen.

Herr Kaas Elias äußert Bedenken, ob einige der vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Dies wird auch von Frau Dr. Schwan kritisch gesehen, insbesondere angesichts der Haushaltssituation. Herr Bäse weist darauf hin, dass das Zukunftsforum nur als erster Schritt eines langen Prozesses gesehen werden kann. Frau Mitterer moniert, dass im Workshop „Bewusstseinsbildung“ drei schwerpunktartige Maßnahmen formuliert worden seien, von denen sich keine einzige im Erstentwurf wiederfinde.

Frau Prinz (IMEW) und Herr Friedrich weisen darauf hin, dass der Erstentwurf nicht eins zu eins die Ergebnisse der Workshops des Zukunftsforums widerspiegele. Die Ergebnisse der Workshops seien aus Gründen der besseren Gliederung - und da die Handlungsfelder „Bewusstseinsbildung“ und „Barrierefreiheit“ große Schnittmengen aufwiesen - im Entwurf des Aktionsplans teilweise unter einem anderen Handlungsfeld zu finden. Es seien aber in der Tat auch einige wenige Ergebnisse des Zukunftsforums als nicht realisierbar erachtet und daher aussortiert worden.

Herr Naumann schlägt vor, ergänzende und berichtigende Hinweise an Herrn Friedrich zu senden. Auf Nachfrage von Herrn Bäse bittet Herr Friedrich um Mitteilung, soweit möglich, innerhalb der nächsten zwei Wochen.

Herr Friedrich wird nun in den nächsten Wochen die einzelnen Maßnahmen auf ihre Realisierbarkeit prüfen und möglichst verbindliche personelle Zuständigkeiten vereinbaren. Hiervon hänge der Erfolg des Aktionsplans maßgeblich ab. In diesem Zusammenhang betont er, dass in Hinblick auf einen realisierbaren Aktionsplan sicherlich nicht alle der zahlreichen, im Erstentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen weiter verfolgt werden könnten.

Auf Bitte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops „Barrierefreiheit“ hat Herr Friedrich ein Schreiben in Form einer Empfehlung des Beirates an die Mitglieder des Bezirksamtes in Zusammenhang mit den geplanten Umzügen entworfen und im Vorfeld der Sitzung an die Beiratsmitglieder per E-Mail gesendet. Es wird diskutiert, in wie weit die umfängliche Barrierefreiheit beim Umzug des Bürgeramts in die Wilmersdorfer Arkaden nur für Kundinnen und Kunden, nicht aber für die Beschäftigten gefordert werden solle.

Frau König weist darauf hin, dass die umfängliche Barrierefreiheit aufgrund der Bewegungsflächen in den Räumlichkeiten vor Ort nicht grundsätzlich für Beschäftigte gewährleistet werden könne. Schließlich beschließt der Beirat, die umfängliche Barrierefreiheit „NACH MÖGLICHKEIT“ zu fordern. Herr Friedrich wird dies in den Entwurf einarbeiten und den Beschluss an das Bezirksamt übermitteln.

TOP 5: 8. Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten

Herr Naumann stellt den Tätigkeitsbericht zur Diskussion. Herr Friedrich macht einige kurze Erläuterungen zu Punkt 12 des Berichts. So sei das Bezirksamt aus seiner Sicht angehalten, im Zuge der Haushaltsplanung zu überprüfen, in wie weit Titel aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention anzupassen und eventuell sogar neu zu schaffen seien. Des weiteren verweist er darauf, dass aus seiner Sicht Bezirksamtsbeschäftigte mit Behinderung die Möglichkeit zur Telearbeit haben sollten, da dies aufgrund des Wegfalls des Arbeitsweges zu Erleichterungen und erheblicher Zeitersparnis führen könne. Schließlich weist er noch darauf hin, dass nun laut Angabe der Berliner Bäderbetriebe endlich ein Wasserlift im Stadtbad Wilmersdorf I installiert worden sei.

Herr Kaas Elias nimmt Bezug auf Punkt 5 „Beratung“ des Berichts und erkundigt sich, ob bzw. in wie weit sich die Beratungstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr verändert habe. Hierauf erwidert Herr Friedrich, dass diesbezüglich keine maßgeblichen Änderungen eingetreten seien.

TOP 6: Verschiedenes

Die nächste Sitzung findet statt am 17. Februar 2014.

Herr Naumann bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.

Naumann
(Vorsitzender)

Friedrich
(Protokollant)